

Bezugspreis
für Halle monatlich drei Mark, vierteljährlich 8.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts. Zustellungsgebühren. Einzelnummer 12 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsgesetzblatt unter „Zeitung“ eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe. „Zeitung“ gesteuert. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 11-2 u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133 Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Dreißigjähriger Jahrgang.

Anzeigen
werbe d. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Nr. 507.

Halle, Mittwoch, den 29. Oktober.

1910.

Die türkischen Geheimdokumente.

Schuldbeweis der deutschen Regierung an den Armeniermorden?

Basel, 28. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Morning Post“ meldet aus Konstantinopel: Die türkische Regierung hat alle Geheimdokumente zwischen Deutschland und der Türkei über die Vorgefälle und über die Fortführung des Krieges am 20. Oktober der Militerkommission ausgereicht. Die Dokumente beweisen klar die Schuld der deutschen Regierung an den Armeniermorden, durch die 160 000 Menschenleben vernichtet wurden. Sie werden die Aufklärung der damaligen politischen und militärischen Nachhaken Deutschlands an den Ententegerichtshof zur Folge haben.

Lloyd George besteht auf Auslieferung des Kaisers.

Basel, 28. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Daily Mail“ meldet, daß Lloyd George auf eine Verhaftung des Obersten Verdes des Oberhauses in Sachen der Straßensoldaten Kaiser Wilhelms am 23. Oktober in der Zeitung abgab, er werde unter allen Umständen auf die Auslieferung des deutschen Kaisers und seiner Helfershelfer bestehen, es lägen indessen Beweise der Militerien vor, die nicht abgeändert werden könnten.

Telephongespräche des Kaisers mit Deutschland?

Amsterdam, 28. Oktober. „Telegraaf“ meldet aus London: In der letzten Sitzung des Unterhauses wurde gefragt, welche Vorkehrungen jetzt in Holland zur Überwachung des Kaisers und des Kronprinzen getroffen würden. In der Antwort, antwortete, die britische Regierung wisse zwar nicht genau, wozu die Maßregeln der holländischen Regierung seien, habe aber keinen Grund, zu bezweifeln, daß alle notwendigen Vorkehrungen getroffen würden. Auf eine andere Frage, ob das Auswärtige Amt von fortwährenden telephonischen Gesprächen des Kaisers mit Deutschland wisse, antwortete Herr Smith, daß der englischen Regierung nichts darüber bekannt sei.

Franzosenfeindliche Demonstration in Lothringen.

Karlsruhe, 28. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Lothringische Volkzeitung“ berichtet: Die französische Regierung unternimmt ernsthafte Schritte, um die Herausforderung durch deutsche und deutschsinnige Elemente an der Burell zu fassen. In der Gegend von Diedenhofen war in den letzten Tagen häufig der Gesang: „Deutschland, Deutschland über alles“ zu hören. Personen, die sich der französischen Sprache bedienen, wurden vielfach belästigt. Die französischen Gendarmen hat mehrere hundert Verhaftungen von Deutschen in Nom bach, Hagendingen, Diedenhofen usw. vorgenommen. Die Arrestanten wurden in Autos nach Metz gebracht und mußten die Nacht auf der Zitadelle zubringen. Am Morgen wurden sie nach der Festung Rheinbrücke abtransportiert.

Die Forderungen der elsass-lothringischen Rechtsanwälte.

Colmar (Elsch), 28. Oktober. In der ersten Generalversammlung der elsass-lothringischen Rechtsanwälte wurde gefordert: Gebrauch der deutschen Sprache vor dem Amtsgericht neben der französischen Gebrauch der deutschen Sprache in Straßungen, wenn der Angeklagte französisch nicht versteht, Zutreffen solcher Personen, die nicht französisch können, als Geschworene, geänderte Übergangsfrist für die Einführungen der französischen Gesetze.

Clemenceau kommt nach Straßburg.

Strasbourg, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) Wie nunmehr amtlich bekanntgegeben wird, hält Ministerpräsident Clemenceau die angekündigte Wahlprogrammrede am 4. November in Straßburg.

Der Schaden der Welthandelsstagnation.

Karlsruhe, 28. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Times“ melden aus Paris: Die Wiederherstellungskommission hat den durch die deutsche Kriegführung angelegten Schaden der Welthandelsstagnation auf 35 Milliarden Franken festgelegt.

Von der Kaukasusarmee und Donarmee.

Amsterdam, 28. Oktober. „Telegraaf“ meldet aus London: Die Flotte melde: Die Kaukasusarmee, unter dem Befehl des Generals Wangel, ist 50 Meilen vorwärts. Augenblicklich rufen diese Truppen nordöstlich Jerevan. Es wurden 1500 Gefangene gemacht. Die Donarmee

ist auf einer Front von 120 Meilen im Vormarsch begriffen. Die Eisenbahnlinie zwischen Wolzka und Kiew wurde besetzt, wobei 500 Gefangene gemacht wurden. Südöstlich Moskau war Drenkin genötigt, einige Meilen zurückzugehen, wodurch Drenk wieder in die Hand der Bolschewisten fiel.

Erfolg der Armee Drenkins.

Amsterdam, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) Das Große Semowitsch Drenkin meldet am 22. Oktober eine Entlastung der Disziplin auf der ganzen Front in Richtung auf Kamahin. Der holländische jenseitige Streit vernichtet und viele Gefangene gemacht. In Richtung Wladimir haben wir zwei vollständige Regimenter aufgegeben. In der Gegend Kiew sind Kämpfe im Gange. In der Gegend von Wolzka und Drenkin die Disziplin an. Der Generalstab Petljars hat die Front ergriffen.

Hefige Feldschlacht bei Krasnoj Skelo.

Amsterdam, 28. Oktober. Der „Times“ wird aus Krasnoj Skelo am 26. Oktober gemeldet: In der Front nördlich Krasnoj Skelo, südlich Jerevan, Skelo und Krasnoj Skelo nach Krasnoj Skelo, fünf Meilen südlich Skelo, eine heftige Feldschlacht. Krasnoj Skelo wurde von den deutschen Truppen genommen. Judentum hat am meisten unter dem Mangel an Transportmitteln zu leiden.

Japan will seine Truppen aus Sibirien zurückziehen.

Amsterdam, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) New York meldet aus Omsk, Japan sei bereit, seine Truppen aus Sibirien zurückzuziehen, wenn es von Russland dazu aufgefordert werde.

Ein amerikanisches Ultimatum an Mexiko.

Amsterdam, 28. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die Vereinigten Staaten haben ein Ultimatum an Mexiko erteilt, in dem die Freilassung des amerikanischen Botschaftsrats Serrano gefordert wird. **Amsterdam, 28. Oktober.** Reuters meldet aus San Diego (Kalifornien): Amlich wird mitgeteilt, daß zwei amerikanische Flieger, die seit dem 31. August vermißt waren, von mexikanischen Jägern, die sie in ihrem Flugzeug auf dem Wasser treibend fanden, auf grausame Weise ermordet wurden.

Eine neue Industriellenkonferenz.

Amsterdam, 28. Oktober. Das Preßbüro Radio meldet: Das amerikanische Komitee hat einstimmig beschlossen, eine neue Industriellenkonferenz einzuberufen. Die wird aus etwa 15 der hervorragendsten Amerikaner bestehen.

Wilson gegen das Alkoholverbot.

Washington, 28. Oktober. Reuters. Präsident Wilson hat gegen die Gesetzesvorlage zur Erzwingung der Durchführung des Alkoholverbotes sein Veto eingelegt. Das Repräsentantenhaus hat die Vorlage trotzdem angenommen.

Der republikanische Kandidat für die Präsidentschaftswahlen.

Washington, 28. Oktober. Reuters. Der Senator Polkrogger teilt mit, daß er als republikanischer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen aufsteige.

Der amerikanische Farmerbund sympathisiert mit den Arbeitern.

Washington, 28. Oktober. Der „New York Courant“ meldet aus Washington, daß der Farmerbund den Arbeitern seine Unterstützung anbietet. Die Streit dieses Bundes liegt in den großen Weizengebieten. In Dakota wurden die Getreideerzeuger und Wägen von Farmern bezeugt. Die Regierung begründet ihren Schutz der Gemeinshaft gegen gedrohenen Kontrakte damit, daß die Bergarbeiter während des Krieges einen Dauerkontrakt mit der Regierung eingegangen sind, der bis April 1920 bindend ist. Die Auslöser für den Konflikt sind die Gefahr der Verlagerung des industriellen Kampfes nach Eindrud auf Wallstreet.

Die Unruhen in Aegypten.

Amsterdam, 28. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einem Telegramm aus Kairo: Die Unruhen in Aegypten fort. Am Montag kam es zu großen Unruhen in den Straßen von Alexandria.

Kohlenmangel in Frankreich.

Strasbourg, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) Der „Matin“ berichtet, daß seit gestern mittag die Fabriken der Schwerindustrie von Roubaix-Tourcoing wegen Kohlenmangel geschlossen sind.

Telephonverehr Brüssel-London.

Amsterdam, 28. Oktober. Seit gestern ist der telephonische Verkehr zwischen Brüssel und London wieder eröffnet.

Wirren in der Sozialdemokratie.

In der Sozialdemokratie gärt es gewaltig. Am letzten Oktoberabend fand in sozialdemokratischen Blättern drei für die Entwicklung der Sozialdemokratie bedeutungsvolle Nachrichten veröffentlicht worden:

1. Die kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) hat sich gespalten.

2. Die auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokraten stehende „Freie Sozialistische Jugend-Organisation“ hat sich den Kommunisten (der „Vorwärts“ fragt welchen?) angegeschlossen.

3. Die zweite Delegiertenversammlung der Zentralkomitee für Einigung der Sozialdemokratie hat ein Einigungsprogramm aufgestellt.

Die Spaltung der Kommunisten wird nach dem „Vorwärts“ von der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ in Hamburg in folgender Form detantiert:

Die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) hat sich gespalten. Auf ihrem Parteitag hat die Zentrale dieser Partei die Delegierten mit Verfassungen überfallen, die vorher den Organisationen zur Verfügung gestellt nicht vorgelassen haben. Am Schluß dieser Parteitag befand sich der Vertreter, daß alle Genossen, die nicht auf dem Boden dieser Verfassung ständen, aus der Partei auszuschließen hätten. 18 von den 43 Delegierten haben gegen diese Verfassung gestimmt, wurden deshalb als außerhalb der Partei stehend erklärt und aufgefordert, den Parteitag sofort zu verlassen.

Ein Aufruf der Minorität teilt mit, daß sie sich sofort neu organisieren müsse, und daß die Parteikonferenz in Hamburg die Durchführung der Vorarbeiten für die Organisation der neuen Partei in die Hand genommen habe. Der Aufruf ist unterzeichnet u. a. von Dr. Laufenberg und Wolffheim-Hamburg.

Weiter teilt die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen, am 28. Oktober mit:

Die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands hat an die Redaktion der Berliner „Rote Fahne“ ein Schreiben gerichtet, in dem gewisse Artikel als dem Geiste des Kommunismus völlig widersprechend und als antisozialistisch bezeichnet werden. Damit sind gemeint die Artikel, in denen die Schöpfung als individueller Eingriff, als neue Waffe des Proletariats und die reaktionäre Parteibildung als der eigentliche Boden des organisierten Zusammenstoßes gegenüber der Partei gerichtet werden. Die Berliner und die Redaktion werden von der Zentrale als außerhalb der kommunistischen Partei stehend betrachtet.

Die sozialistische Jugendbewegung ist von einigen Jahren von den Unabhängigen getrennt worden. Es bildete sich neben der zur alten sozialdemokratischen Partei haltenden Jugendorganisation eine radikale „Freie Sozialistische Jugendorganisation“. Diese „Freie Sozialistische Jugendorganisation“ ist von kommunistischer Seite am 19. Oktober auf einer Reichskonferenz in Weimar gespalten worden. Dort wurde nach der „Freiheit“ ein Antrag angenommen, daß sich die Jugendbewegung der kommunistischen Partei Deutschlands gegenüber loyal verhalten und alle anderen Parteien auf das schärfste bekämpfen soll. Sofort nach der Annahme dieses Antrages wurde ein Zusatzantrag angenommen, der besagt, daß alle, die gegen den Antrag gestimmt haben, als nicht mehr zur freien Sozialistischen Jugend gehörend betrachtet werden! Damit war die Spaltung vollzogen. Ein Königsberger Vertreter gab namens der Minorität die Erklärung ab:

„Da ein weiteres Zusammenarbeiten mit der ausgesprochen kommunistischen Jugend uns unmöglich gemacht ist, erklären alle Ortsgruppenvertreter, die auf dem Boden der „Freien Sozialistischen Jugend“ stehen und ein freies Verhältnis mit der U. S. V. sowohl als mit der K. P. D. wünschen, weil dadurch allein die Aktionsfähigkeit und Geschlossenheit der „Freien Sozialistischen Jugend“ gewahrt bleibt, daß sie sich hiermit von der kommunistischen Jugend trennen.“

Gemäß dieser Erklärung verließen Vertreter von verschiedenen Bezirken Deutschlands den Kongresssaal. In der darauffolgenden Besprechung wurde einstimmig beschlossen, eine eigene Organisation unter dem Namen „Freie Sozialistische Jugend Deutschlands“ zu schaffen. Ferner wurde allenfalls auf das entscheidende die unbedingte Selbständigkeit der neuen Jugendorganisation und die Unabhängigkeit von allen Parteien betont.

Das Einigungsprogramm am 28. Oktober von der Delegiertenversammlung der Zentrale für Einigung

der Sozialdemokratie angefleht worden ist, paßt zu diesen Wirren in der Sozialdemokratie recht wenig. In diesem Einigungsprogramm heißt es u. a.:

Die Zentralfrage für die Einigung der Sozialdemokratie besteht in einer einheitlichen sozialistischen Front eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialistischen Fortwärtung. Sie macht es sich deshalb zur Aufgabe, solange noch verschiedene sozialistische Parteien nebeneinander bestehen, wenigstens auf eine Ausgestaltung aller Gebührenden und unabh. Verhältnisse in den aus den verschiedenen Organisationen sich herausbildenden und die Debatte über die gemeinsame Arbeit zu vermeiden. Sie erwidert den besten Weg zur Einigung in der Durchföhrung sozialistischer Arbeitsgemeinschaften. Die Basis, auf der eine Einigung erreicht werden kann, ist nach Ansicht der Zentralfrage die Debatte über die Bedeutung der Ausnutzung der Reichswehr durch das Volk selbst und nicht durch Einzelpersonen irgendwelcher Art. . . . Die Demokratie bedeutet keine Ausweitung der Arbeiterkräfte. Sie will bedeuten, die Demokratie dadurch zu sichern, daß sie durch allgemeine Wahlen gebildet wird, gegenüber den Wahlen der sozialistischen Parteien der Bevölkerung zum Ausdruck bringen, ihm wesensmäßig unterworfen und gegebenenfalls seinen Beschlüssen gegenüber eine Konsolidierung vorzunehmen. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, die einen Verzicht auf die soziale Vertretung anerkennen, sind zu vermeiden. Wo ein solcher Verzicht Voraussetzung für eine Beteiligung an der Regierung ist, wird die Partei des Proletariats sie aber ablehnen und sich auf eine klare Opposition, verbunden mit Agitation und Propaganda der Wahlen, beschränken. Wo der Verzicht die Voraussetzung der Unterwerfung einzuhalten. Neben der Sozialdemokratie die Sozialdemokratie ist und des Grund und Boden selbständig zu beginnen. Aus der Verwaltung sind zunächst jene Elemente auszuscheiden, die sich als Vertreter des alten Regimes erweisen. — Die Reichswehr ist auszuheben und durch eine sozialistische Armee ersetzt. Ihre Angehörigen sollen von aller Ausweitung verschont bleiben, und bei der Wahl der Führer ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht haben. Sie sind besonders in den Reihen der organisierten Arbeiter zu werden. Der militärische Geist ist überall zu stampfen, in der inneren, wie vor allem auch in der äußeren Welt. Sozialistische Republik muß es sein, daß ein Völkerverbund mit einem Weltparlament an der Spitze gebildet wird, der hinsichtlich Streitigkeiten durch einen Schiedsrichter erzieht. Als Hauptgrundlage für die Einigung sind ausserdem die politischen Grundsätze der Arbeiter-Partei in Betracht zu ziehen. Jedoch ist im Rahmen jedes Programms allen sozialistischen Ansichten der weitestmögliche Spielraum zu lassen.

Als bemerkenswert an diesen Richtlinien bezeichnet die „Freiheit“, daß selbst diese Einigungsgrundsätze von einer Einigung der verschiedenen Parteien abhingen und statt dessen nur eine „Arbeitsgemeinschaft“ vorschlagen. „Nur auch der Vorstoß einer Arbeitsgemeinschaft erscheint dem Organ der Unabhängigen so lange „völlig indiskutabel“ zu sein, als es S. P. D. sich in schroffem Gegensatz zu den Forderungen des Sozialismus und der wirklichen Demokratie stellt.

Das Centersteleungsangebot Androssys

Budapest, 28. Oktober. „Aj Neuchet“ veröffentlicht eine Anwendung mit dem Grafen Julius Androssy, der sich unter anderem auch über die Ursachen äußert, weshalb er, als er Ende Oktober zum österreichisch-ungarischen Minister des Aeußeren ernannt wurde, ein Sonderfriedenangebot gemacht habe. Androssy erklärte unter anderem: „Durch die Fortsetzung des Krieges hätten wir den Deutschen gar nichts nützen können. Meines Aufsehens war, daß selbst der schlimmste Feind Deutschlands nicht zugrunde zu gehen könne. Österreich-Ungarn jedoch am Rande der Vernichtung steht. Der Hauptteil, daß ich ohne Rücksicht auf die Wünsche der anderen Parteien, die mir antworteten, daß die Idee der Nation es verbietet, ohne Wunden und Hoffnung ihre Ehre zur Schmachtheit zu führen. Dieses Verbot ist mir höher, als die durch das Bündnis empfangenen Pflichten, dessen Ziele nicht mehr erreichbar waren.“

Aus der Zeit der Bela Kun'schen Herrschaft

WTB, Budapest, 28. Oktober. Wie die Führer melden, befinden sich unter den der russisch-österreichischen Regierung wieder überreichte Bela Kun's und Genossen neuerlich überreichte Dokumente aus solche, wonach Bela Kun in Borsod-Abaúj unter den russischen Kriegsgefangenen eine Bande organisiert habe, die die kaiserliche Armee einzuweichen wollten. Ein in Budapest veröffentlichter Terrorist behauptet, daß er auf Befehl Bela Kun's gegen ukrainische Offiziere in die Donau geschickt habe. Die Worte und Erklärungen zur Unterdrückung der Gegenrevolution in Transdanubien erfüllt, wie amtliche Dokumente schließen, auf dreifachen Befehl der revolutionären Regierung. In einer Verhaftung wurden ausserdem folgende Betrüger im Werte von etwa 2 Millionen Kronen gefunden, die der Volkskommissar Julius Bonner verhaftet hatte.

WTB, Budapest, 28. Oktober. Kerr-Witko. Ein heute veröffentlichter amerikanischer Staatsminister, Alexander Baillie, hat beim Kaiser erklärt, daß Bela Kun ihm damit betrauen wollte, die Grenzströme und die Grenzstationen nach Amerika zu führen und dort für Goldarbeiter zu verkaufen.

Deutschfeindliche Ausstellungen in Prag.

WTB, Wien, 28. Oktober. Den Wählern zufolge haben sich in Prag Ausstellungen gegen deutschsprechende Vassanten ereignet, die besonders von tschechischen Legionären ausgingen. Eine Person wurde schwer verletzt.

Die deutsch-polnischen Grenzverhandlungen.

WTB, Berlin, 28. Oktober. Die Wählermeldungen über den angeblichen Verlauf der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen in Fragen der Grenzlinie entsprechen nicht den Tatsachen. Die deutsche Regierung verlangt eine Berücksichtigung der durch den Friedensvertrag festgelegten Grenzlinie da zu erreichen, wo Gebiete mit ganz überwiegend deutscher Bevölkerung zu Polen geschlagen werden und zahlreiche zugehörige Gebiete am Belagium beim Deutschen Reich vorliegen. Zunächst wird es sich darum handeln, daß die mit der Festschließung der Grenze nach dem Friedensvertrag betraute Kommission, die bisher mehr oder weniger nur topographische Aufgaben besorgte, erweiterte Zuständigkeit erhält. Ferner daß die ethnographisch kritischen Gebiete einer besonderen, den Abkommensbestimmungen ähnlichen Behandlung

in Bezug auf die Festsetzung der Verwaltung unterstellt werden. In dieser Beziehung hat die Regierung bereits die entsprechenden Schritte getan, ohne daß jedoch eine Entscheidung darüber vorläge.

Eintreffen einer Entente Mission in Danzig.

WTB, Danzig, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) Wie die Danziger Neuesten Nachrichten melden, ist eine Entente Mission, bestehend aus drei französischen Offizieren, gelien in Danzig eingetroffen und hat mit den amtlichen hiesigen militärischen Behörden Sitzung genommen.

Bewilligung des Reichswehretats.

WTB, Berlin, 28. Oktober. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung bewilligte den Etat des Reichswehretats und nahm gegen die Stimmen der Deutschnationalen einen demofratikalen Antrag an, das Beschäftigungsgeld und den Ersatztrag für Unterbringung angemessen zu erhöhen, sofort zu prüfen, ob die Gehaltsliste der Heranzuziehenden der Verhältnisse entsprechen und sie gegebenenfalls zu erhöhen, die Verfertigung zu verbessern, soweit das noch nicht geschehen konnte, den aus der Gefangenenschaft zurückgeführten Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften Stellen in der Reichswehr freizumachen und Schulstellen in diese Stellen in Staat und Gemeinden den Angehörigen der Reichswehr nach ihrer Dienstzeit offen zu lassen.

Annahme der Reichsabgabenordnung.

WTB, Berlin, 28. Oktober. Die Reichsabgabenordnung wurde heute vom Staatsrat der Nationalversammlung in zweiter Lesung angenommen.

Anfrage wegen Kustruh.

WTB, Braunschw. a. M., 28. Oktober. Die Anfrageschreiber hat gegen die Führer der wilden Eisenbahnverkehr's vom Sommer das Verfahren wegen Mißbrauchs einleitet.

Freiwillige Ueberstunden bei Leistung der Kohlennot.

WTB, Dinslaken, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) In der am Montag in Mönchen im Reichsfederationsversammlung der Mitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die der Binnenminister des Reichs und seiner Reichsminister, die Kohlennot, war es gelungen, zur Beseitigung der Kohlennot in Süddeutschland auf allen Bergwerken jeden Tag zwei Ueberstunden zu verfahren. Hier ist man genötigt, an den freien Sonntagen im November zu arbeiten.

Die Haltung der Kommunisten am 9. November.

Berlin, 28. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Von einer Seite, die mit den Absichten der Kommunisten verträglich ist, wird dem 9. November die Aufgabe, die in Berlin am 7. oder 9. November statt zu erwarten seien, und daß es eine gewisse Bedeutung hätte, unterrichtet sind. Es dürfte wohl Vermutungen abgeben werden, denen sich die meisten der in Berlin am 9. November anwesenden sind, die zu ersten Anzeichen der Bewegung zu erwarten seien. In der ersten Sitzung der Kommunisten wurde noch nicht über die Teilnahme an der Revolution entschieden. Sie dürften in Berlin auch nicht die Unterstützung der Handlungen finden, die in einem Umfange vorzunehmen sind, und das ist die Absicht zu haben, die am 9. November statt zu finden. Man kann noch, daß die Reichsregierung der Unabhängigkeit erst nach dem 9. November in Bezug auf die Absicht und es nicht anzunehmen ist, daß sich die Unabhängigkeit in Unternehmungen äußern werden, für die sie sich nicht genügend vorbereitet haben. Diese Wünsche sind sich ganz abfällig gegen die Elemente in den kommunistischen Kreisen, aus denen sich jedoch die führenden Mitglieder nicht bezeichnen lassen.

Festgehaltenen deutsche Segler.

WTB, Berlin, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) Wie erst jetzt bekannt wird, werden auch die kleinen deutschen Segler gefasst, und Tade, die vor Bekanntwerden der Dilettanten unterwegs waren, von den allierten Seestreitkräften festgehalten.

Das englische Staatsdefizit.

WTB, Amsterdam, 28. Oktober. „Telegraf“ meldet aus London: Der Staatsplaner hat ein Defizit veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß das Finanzjahr mit einem Defizit von 473 Millionen Pfund, anstatt der erwarteten 250 Millionen Pfund, abschließen wird. Der neue Prozessent hat sich auf 465 Millionen, nicht auf 287 Millionen, wie ursprünglich beabsichtigt war.

Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler, daß der Eisenbahnverkehr dem englischen Staat ungefähr 10 Millionen Pfund gekostet habe.

Zur Verstaatlichung der englischen Bergwerke.

WTB, Rotterdam, 28. Oktober. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, haben die Bergarbeiter beschlossen, das Ziel der Verstaatlichung der Bergwerke ohne die direkte Aktion auf verfassungsmäßigem Wege zu erreichen.

Der belgische Vertreter in Berlin.

WTB, Amsterdam, 28. Oktober. „Telegraf“ meldet aus Brüssel: Belgischlich wird Graf Dele Halle die Vertreter der ersten diplomatischen Vertreter Belgiens in Berlin sein. Von der Haltung der anderen Alliierten wird es abhängen, ob er sofort als Botschafter oder als Geschäftsträger auftritt wird.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 28. Oktober. (110. Sitzung.) Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Das Haus ist schwach besetzt. Auf der Tagesordnung stehen zunächst 4 Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Mittelmann (D. Vpt.) wegen der traurigen Lage deutscher Gefangener in Ägypten wird regierungsmäßig geantwortet, daß die Unterbringung der Gefangenen im allgemeinen erträglich ist, daß der Gesundheitszustand jedoch sehr bedauerlich sei. Der belgische Regierung ist unverzüglich Mitteilung über die Wohnlagen und Freilassung zu erbringen. Es ist zu hoffen, daß sämtliche Gefangene bald zurückkehren. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann wegen der

der fünfzig-Mark-Scheine wird dahin beantwortet, daß infolge des Zusammenbruchs des Berliner Volkspräsidenten, des Reichsbankintendanten und der Staatsanwaltschaft und infolge der Anwendung reichlicher Geldmittel für Agenten und Belohnungen in den letzten Wochen

24 Fälscherbanden

dem Gericht zugeführt werden konnten.

Auf eine Anfrage des Abg. Freiherr von Nischhofen (Dem.), wonach sich die deutsche Regierung die Rückzahlung von den Deutschen aus Amerika verweigert habe, wird regierungsmäßig bemerkt, daß dem in seiner Absicht sei. Jedoch machte Amerika Schwerarbeiten bei der Rückzahlung.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Hugo (D. Vpt.) wegen Schmutz in Schleswig wird regierungsmäßig geantwortet, daß in dieser Hinsicht schon Anordnungen getroffen worden seien und der Grenzschutz verstärkt würde.

Auf eine Anfrage des Abg. Richter-Dörplich (Dn.) wegen der Eisenbahnverbindungen nach Düren, dem Baltikum und Rußland wird regierungsmäßig geantwortet, daß der Verkehr aus militärischen Gründen vorübergehend gesperrt und unterbrochen war.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts- und Wirtschaftsausschusses. Der Zusammenbruch ist eine Folge der Politik der Reiches. Die Folgen aber die Zwangswirtschaft sind bedauerlich, denn wir haben ja keine Zwangswirtschaft mehr. Sie wird überall durchgeführt. Wir befinden uns immer noch im kapitalistischen Staat. Deshalb hat die Arbeiterschaft das Recht, sich gegen Mittel der Ausbeutung ihrer Kräfte zu bedienen. Die Politik ist in Streit zu bringen. Der deutsche Arbeiter wird die Sozialisierung erzwingen. (Geldschr. red.) Die Fragestellung werden von der Landwirtschaft

bestehen, um höhere Preise zu erzielen. Die planmäßige Sabotage wird von den landwirtschaftlichen Organisationen erst noch unternommen.

Abg. Dr. Hugo (D. Vpt.): Die Zwangswirtschaft darf nicht zum Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung werden. Ueber neue Lebensmittel und Rohstoffe haben wir keine Sorgen. Dem Landwirt steht vor allem die Selbstversorgung im Vordergrund und rechtschämliches Getriebe entgegen. Bei der Abfertigung der den Gewerkschaften muß dem kleinen selbständigen Kaufmann, Licht und Luft gelassen werden. Dem Handwerker muß Rohstoffe und Arbeitsgelegenheit beschafft werden. Mit der reinen Zwangswirtschaft ist es nicht abzumachen. Es gilt, die Produktion zu heben. Die Regierung muß zunächst da eingreifen, wo sich noch handeln ist. Die Rohstoffversorgung mit Eisenblech vollständig. Hier ist noch nichts geschah. Vielleicht kann diese Arbeit der Rohstoffversorgung für Legierungen mit übertragen werden.

Minister Schmidt: Ich bin nicht einverstanden mit der Entschiedenheit des Ausschusses, wonach alle Bestimmungen in der Ernährungsverordnung aufgehoben werden, welche hindern, den landwirtschaftlichen Arbeitern die zugehörigen Reparaturgeräte ohne Beschränkung auszuliefern. Ebenso bitte ich, den Antrag Anhalt abzuweisen, daß der Erlös der Viehhäute den Besitzern des Viehes, denen es abgetötet wird, in vollem Umfange ausgezahlt wird.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Abg. Webers (Dn.) begründet einen Antrag auf die Landwirtschaft, für Industrie und Handwerk und für Groß- und Kleinhandel, und die Leitung dieser Abteilung für Männer zu übertragen.

Der Antrag Anhalt wird abgelehnt. Die Entschiedenheit des Ausschusses betreffend die Deputatsgehälter wird angenommen, ebenso die anderen Entschlüsse des Ausschusses.

Bei der Abstimmung über die Entschiedenheit Anhalt betreffend die Abgabe des Erlöses der Viehhäute an den Besitzer des Viehes bleibt das Haus zweifelsfrei. Es muß Jammelpetition vorgenommen werden. Das Haus hat sich inzwilchen ziemlich geteilt. Die Abstimmung ergibt 102 Stimmen für und 104 Stimmen gegen den Antrag. Das Haus ist also beschlußfähig.

Die nächste Sitzung wird auf heute 4 1/2 Uhr anberaumt. Schluß 4 1/2 Uhr.

111. Sitzung. Am Ministerisch: Schmidt, Kossel. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 45. Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichswirtschaftsausschusses.

Eine Entschiedenheit Anhalt betreffend Gewährung von Rohstoffen und Betriebsmitteln für Handwerk und Industrie wird angenommen.

Abg. Koch-Merzbach (Dem.) befürwortet einen Antrag, die Melancholienversicherung zugunsten einer besseren Versorgung abzugeben und 50 Prozent der Verlässe der Rückbauern zu belassen.

Der Antrag wird angenommen.

Die Änderungsanträge des Ausschusses werden angenommen.

Abg. Schiele (Dn.) berührt die Frage des Kartelltransports, zu dessen Gunsten der Personennetzwerk eingeschränkt werden müsse.

Der Rest des Haushaltes wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Haushaltes der Verwaltung des Reiches.

Abg. Stülcken (Soz.) berichtet über die Beratungen des Ausschusses.

Hierauf vertritt sich das Haus am morgen 9 1/2 Uhr; Fortsetzung und Rest des Haushaltes.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Halle und Umgegend.

Halle, den 28. Oktober 1919.

Kleinwohnungskolonie auf dem oberen Roßplatz.

Auf dem in früheren Jahren dem Wehrmarkt dienenden Teile des Roßplatzes zwischen Wallstr. und Kalnere erhebt sich eine Anzahl von Neubauten, zum allerersten Teile erst im Herbst vollendet, welche 83 kinderreiche Familien, in der Hauptsache von kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmern, aufnehmen sollen. Die Häuser, welche in der Nordfront, gegenüber der Kalnere liegen, sollen bis zum 1. Dezember für die Aufnahme von 23 Familien vollständig besetzt bereitgestellt sein. Die übrigen Häuser werden erst nach und nach bewohnbar werden, so daß sich die Bevölkerung bis 1. April nächsten Jahres beziehen dürfte. In jeder der 83 Wohnungen ist sämtlich bereits ver-

„Zorgern.“ Ihre eine Stellungsnote. Sie ist, loger kon roßt oft, kommt noch aus dem wunderbaren „Wort“ oft. In aber wert, noch ist bewahrt zu werden. Ein Volksgemüß hat sich

metet sind, wie ein Gäßchen von 70-80 Geometermetern ne-
hen, das zwar nicht ganz genau sein wird, um darin den Kar-
tografiebedarf für die ganze Familie zu ernten, das aber innerlich
ausreicht für den Anbau von Gemüse und das auch noch allerlei
Gehobeneren des Blumenzweiges und Vorküfers zu be-
schreiben vermag. Vielleicht auch noch für die Kleintierzucht,
also für Hühnerhaltung und Kanarienvogel.

Es ist nicht zu verstehen, das die äußere Anlage in ihrer
schon fast fertigen Gestalt des Schönschickens zu manchen
Vorbereitungen auf den ersten Blick nicht befriedigt. Allein
hierher Anblick wird ein anderer, freundlicher sein, wenn erst die
Bauten vollständig fertiggestellt sein werden. Die Häuser er-
halten einen in höchsten Grade gebildeten Mauerwerk, wie ihn
sowohl die Rindseite als an den Nordseite für ansehnlichen
Sanktes gegenüber der Raerie aufweist. Mit Zierat werden
die Häuser nicht überladen, sondern sie erhalten ganz einfachen
architektonischen Schmuck, der aber von den Gärten die Rich-
tigkeit nimmt und ihnen ein keiteres Ansehen verleiht wird.
Und wenn dazu noch blühende, grüne Gärten kommen, so wird
unweifellos diese ganze Kleinwohnungszone innerhalb gewisser
Schnittpunkte, die durch Zuverlässigkeit und Einfachheit be-
stimmt werden, wie ein Schmuckstück wirken und der Anblick
des großen Reihens im Norden, der Raerie, wird nicht mehr
so abstoßend wie bisher waren, weil namentlich der Ausblick
auf jene Südrück vom Kopplatz her verbannt ist.

Wie aber ist es mit diesen Wohnungen im Innern bestellt?
Am Dienstag nachmittag hatten Vorkäufer Gelegenheit
zur Besichtigung einer bereits fertiggestellten Wohnung in dem
schon näher bezeichneten Hause am Größchen. Die Wohnung
hatte die Hallische Straße 1. Wöbelbezeichnung
G. m. b. H. mit dem nötigen Hausat ausgestattet. An den
Wänden, die nicht mit Tapeten bedeckt sind, sondern die be-
stehenden Parkettböden erhalten haben, hingen schöne Ein-
schmuckungen. Zu ebener Erde liegt auf der Westseite ein Zimmer
in Braun, das Wohnzimmer dient. Von diesem geht es nach der
südlich gelegenen großen Wohnküche, in der zur Not sich die ganze
Familie versammeln kann. Das Zimmer ist bis zur halben
Manneshöhe vom Fußboden aus mit dunkelgrüner, von einer
dunklen Kante gegen die weisse obere Hälfte abgetrennte
Farbe bedeckt. Die Farbe ist abwaschbar. Links vom Eingang
befindet sich ein Korridor mit Grubeofen und nebenan einem
Garderobe, die von der Stadt geliefert sind und also zur Wohnung
gehören. Diese Wohnküche war freundlich erwärmt, was bei dem
Schnittpunkt und den Schläderböden draussen als besondere
Vorteil empfunden wurde. Rückenschränke, Küchenschrank, Familien-
tisch und das erforderliche Geschick machten diesen Raum zu einem
anheimelnden und recht wohlthätigen. Und wenn die Sonne herein-
scheint und die Familie den Blick auf den blühenden Garten
brauchen vor dem Fenster hat, dann muß sie sich wohl fühlen.
Die Räume sind nicht übermäßig hoch, so daß die Wärme in der
Umgebung der Bewohner verbleibt und nicht in die Höhe zieht,
wo sie niemand nützt. Das Traute, heimliche des Gemüdes
wirkt sozial verbindend. Neben diesem allgemeinen Familien-
raum, der zugleich das Reich der Hausfrau in sich schließt, be-
findet sich ein Raum, der die Wäsche, die Wäsche und das
Badezimmer umschließt. Es ist ein heizbarer Wassertank dar-
über, neben der Wasserleitung, der das Wasser- und Wasserwerk liefert.
Eine einfache Zinnoberwanne dient der Körperpflege. Alles
gehört zur Wohnung. Aus der Wohnküche geht es unmittelbar
in einen Kellerraum, groß genug zur Aufnahme der Kartoffeln,
Rohlen usw.

Aus dem erwähnten Zimmer führt eine Treppe in den
oberen Stock, der zu Schlafzimmern hergerichtet ist. Hier standen
Matratzenbetten, man kann ihn natürlich ebensowohl als Wohn-
zimmer benutzen. Von hier aus wiederum geht es nach dem
Dachraum, der sehr groß ist und außer als Aufwahrungsort
für Hülsen und Fasern auch zum Wäschetrocknen dienen kann.
Die ganze Wohnung, vom Keller bis zum Dachstuhl, ist voll-
ständig in sich abgeschlossen, steht also in den Nebenwohnungen
in keinerlei Verbindung. Das werden wohl die Bewohner auch
als einen Vorteil empfinden, wenn sie nicht allzu sehr auf Nach-
barnverehrung eingestellt sind, und mancher Verdrießlichkeit wird
damit aus dem Wege geräumt. Die Wohnung hat, da sie die
Stadt Eigentümern und nicht an ihren Mietern verdienen will,
einen Mietwert von etwa 40 Mark. Dafür kann selbstverständ-
lich kein Privatbaubehälter, der das Kapital hoch verdienen muß
und nicht auf so billige bauen kann, eine Wohnung gleicher Güte
vermieten. Aber es soll ja mit diesen Wohnungen, die zur
Lösung der brennend gewordenen Wohnungsfrage beitragen
sollen, soziale Fürsorge für die Leben und Gesundheit im
Kreise für uns in die Schanze geschlagen haben, getrieben werden.
Die Rückenschränke hat die Hallische Straße mit 500
Mark berechnet.

Dern Statthalter Petry zur freundlichen
Verzögerung dankt.

Zur Ablieferung von Milchvieh an die Feinde
reißt die Provinzial-Bezirksstelle einen Antrag, in dem es heißt:
Die Provinz Sachsen hat an den Feinden größere Mengen
Rindvieh, und zwar tragende Kühe, hochtragende Kühe und
Kühe in Milch, sowie Jungvieh zu liefern. Es soll der Versuch
gemacht werden, diese Abführung durch den Handel vorzu-
nehmen, falls dieser die Abführung überführt. Händler und
Dändler nehmen, die sich an der Abführung von diesem Feind-
vieh beteiligen, werden aufgeführt, die nächsten
Beziehungen beim Viehhändler zu bezeichnen. Der Feind-
vieh, zu einzuliefern, Bedingung ist, daß die Händler beim
Dändlerzweigen regelmäßig Kauf- und Zuchtviehhandel betrie-
ben haben und in der Lage sind, eine Sicherheit von mindestens
100 000 Mark zu stellen. Es wird noch bemerkt, daß sich die
Kühe der Feinde im übrigen nach der übernommenen Ver-
einbarung zu richten. Aus technischen Gründen können die Ver-
träge unter 100 Stück nicht abgeschlossen werden.

Deutsche Sprache und Zukunft.
In einer im Neumarkt-Schützenhaus veranstalteten Ver-
sammlung des Zweigvereins Halle vom Allgemeinen Deutschen
Sprachverein behandelte der bekannte Vorkämpfer für die Rein-
heit der deutschen Sprache, Herr Dr. G. u. H. Engel, die
„Deutsche Sprache und die Zukunft“. Der Redner führte
etwa folgendes aus: Wir leben in den schwierigsten Zeiten, die je
ein Volk durchgemacht hat, und in aller Dörben lebt nur das
Gefühl der Trauer. Daneben gibt es nur eine Ausgung nach
einem Lichtstrahl, nach dem neuen Tag. Wird das Vaterland
behalten und wird es sich wieder aufbauen, nicht zur alten
Macht, aber zu solcher Höhe, wie sie ihm zukommt im Verband
der Völker?
Wodurch sind wir nun zu sie zu stellen? Weil es uns an

willkürlich Stoff gefehlt hat. Alle Völker denken sich mit der
höchsten Ausbildung ihres Volkstums und nur der Deutsche
plaudert es, er würde das als ein Volkstümliches. Sank-
te Rede erkennen, die in der unzulässigsten Sprache
abgefaßt sind. Alles haben uns unsere Feinde genommen, nur
die Sprache hat man den Deutschen lassen müssen, die Sprache,
die er aber nicht selbst raubt. Es gibt keine Kunst, kein Gewerbe,
keine Wissenschaft, keine Kunst, in dem eine reine deutsche
Sprache herrscht. In der Gegenwart ist unsere Sprache nicht
Reichhaltig gewährt, sondern eine Nationalstammung, weil der
Name aus Frankreich stammt. Der frühere Herrscher sprach
von realen Garantien. Wir haben trotz der Freilassung aller
Völker noch eine Art Einheit, denn alle sprechen dieselbe
Sprache nämlich in fast jedem einheimischen. Die Völker
die Abhängigkeit werden, desto mehr Fremdwörter wird man
finden. Dieser sind 125 000 Fremdwörter aufgezählt worden
worden (Senz), doch diese Sammlung ist heute schon längst nicht
mehr ausreichend. Auch unsere Feinde haben unsere Sprache
erkannt und große französische Feindungen haben unsere Sprache,
die hier die unentgeltliche Sprache.

Was bedeutet dieser Umstand nun für unser Volkstum?
Jeder, der ein Fremdwort gebraucht, bekommt damit, daß unsere
Vater Sprache für ihn nicht ausreicht. Es ist keine Überhebung,
wenn wir sagen, es gibt nur eine Rettung aus dem tiefen
Gefund, und das ist die Mutter Sprache, die die deutsche Sprache
heißt. Die Sprache ist die Sprache der Gegenwart. Die Sprache
an der Seite Englands in den Kriegen, das ist jetzt zu er-
klären, denn sie sprechen ja die eine Sprache. Wenn, das kann
von der Wendigkeit verstanden ist, daß sich keine Sprache er-
halten und hat nach lang r Zeit eine Reparatur gefordert. Auch
die reine deutsche Sprache ist erloschen und wird das deutsche
Volkstum zur Wahrheit höchsten Stufe führen.

Gehalt den kleinen Kreislauf-Belegern.
Man wäre zu uns: Anstelle der anhaltenden Forderung sehen
sich anstrengende Angestellte und Arbeiter der Notwendigkeit,
die Erwerbslose mit in Anspruch zu nehmen, was ihnen, soweit
in Krisenzeiten angesetzt sind, in Folge des niedrigen Kurs-
wertes jedoch nur mit Verlust vom Staat (G. D. H.) zu-
gebracht wird, wird man es gewiß für eine durchaus be-
deutliche Fortschritt anerkennen können, das der Staat, den die
kleinen Erwerbslose zur Verfügung gestellt haben,
dafür Sorge trägt, daß solche Schwandlungen abgemindert werden.
Kleinchen des Kreislauf-Belegern es abzuleiten hat, dem An-
trage, das General-Verwaltung der Angestellten (G. D. H.) zu-
zu, zu entsprechen, daß die Anzahl von Beschäftigten der Arbeit-
geber das Recht haben sollen, nicht nur eigene, sondern auch aus
anderen Beschäftigten ihrer Angestellten und Arbeiter kommende An-
stellungen zum Anknüpfen in Zahlung zu geben, wird die Finanz-
verwaltung nicht ändern können, nach dem kein und Wegen zu
führen, die Beschäftigten der kleinen Erwerbslose in
an anderer Weise vorzuziehen.

Ein Vermittlungsgesetz für den Stadterreiß Halle
geben vielfach Vorschläge mit großer Verwahrung, ein weil un-
genügende oder ungenaue Aufstellungen die Schwierigkeit un-
abhängigen Dienststellen zusetzen. Zur Vermittlung unabhän-
gigen Verwaltungen mit der Beschäftigten der Angestellten (G. D. H.)
die Verbindung der Beschäftigten des Aufstufung durch
das städtische Arbeitsamt, Schlichterstraße Nr. 2, er-
teilt und zugeteilt anstehend zu gestalten ist.

Zum Kilians-Projekt. In Nummer 455 fertigsetzt wir
unter der Epigramme „Zum Kilians-Projekt“, die Anlage
lautet u. a. auf Landbesitz und Nutzung. Die
Mittlung entspricht insofern nicht den Tatsachen, als gegen
den Angeführten Anlage wegen Landbesitzes überhaupt
nicht erfolgen und, weshalb von der Erzfirma 2
wegen der Beschäftigung, für gegen § 125 S. 1 G. B. ver-
gangen zu haben, außer Verletzung gesetzt worden ist.

Was bedeutet die Abreise. Einheimische an der
Freiwilligkeit der Abreise. Einheimische an der
am 14. September d. J. in Hildesheim der Zusammen-
kunft der freigelegenen selbständigen Angestellten zur Ver-
folgung handverleiher und wirtschaftlicher Ziele erfolgt ist,
in dem in der Hauptstadt der „B. D. H.“, die „B. H.“ und die
„B. H.“ vertreten ist, sind am Sonntag nachmittags im Hotel
Kaiser Wilhelm hier die 10 in die 1. und die 2. in der
Anlage des Bezirks S. A. J. P. O. u. N. A. H. in
des Landesverbandes freier Arbeiter statt. Vertreten waren
die Orte Halle, Bura, Dessau, Magdeburg, Merseburg, Nord-
hausen, Naumburg, Quedlinburg, Wittenberg und Wittenberg.
Die Vertretung leitete als Vorsitzender Herr K. I. m. e. r.
hier die Rede hielt. Die Rede, die abgab, einen kurz-
weilich auf die in Hildesheim erfolgten Zusammenkünfte des
gesamten Arbeitervandes. Nach erfolgter Ansprache wurde
die Gründung des Bezirks Sachsen-Anhalt des Bundes Deutscher
Arbeitervandes umfassend die Provinz Sachsen, Anhalt und benach-
barte Teile von Mecklenburg, Schlesien. In dem Bezirk sind
gemäß die Herren: Hiltner, Hammer, Rat, Kallmeyer, Koch,
Krause, Waidmann und Reibler, sämtlich aus Halle, Groß-
Dessau, Merseburg, Grotte und Gerlach aus Magdeburg und
Somed-Quedlinburg. Aus dem Bezirk sind die Herren
Julius Kallmeyer-Halle, Groß-Dessau und Grotte-Magdeburg zu
Vertretern mit gleichen Rechten gewählt. Im ersten Vorh
Kallmeyer, Hiltner, Hammer, Rat, Kallmeyer, Koch,
Krause, Waidmann und Reibler, sämtlich aus Halle, Groß-
Dessau, Merseburg, Grotte und Gerlach aus Magdeburg und
Somed-Quedlinburg. Nach dem Beschlusse wurde Herr
Scheram-Halle gewählt. Zunächst soll diese Tätigkeit ehren-
amtlich geschehen. In das zu errichtende Sachamt wählte man
die Herren: Friedrich Kallmeyer, Koch, Reibler und Wolff
aus Halle, Hiltner, Hammer, Rat, Kallmeyer, Koch,
Krause und Grotte-Magdeburg. Nach dem Beschlusse wurde
Hauptversammlung in Erfurt wurde Herr Wolff-Halle gewählt.
Satzungsgemäß nehmen außer ihm noch der 1. Vorsitzende und
der Bezirksmännern an der Bezirksversammlung teil. Eine Reihe
organisatorischer Angelegenheiten wie Beitragsfrage, Abhaltung
von Versammlungen usw. wurden noch eingehend behandelt.

Provinzial-Nachrichten.

Die preussische Regierung gegen die Angliederung thüringischer Landesteile?

Sondershausen, 27. Okt. Nachdem es bekannt wurde,
daß Sondershausen und Sachsen-Coburg abgetrennt, dem
Gemeinschaftsvertrag über den Zusammenschluß der thüringischen
Staaten beizutreten, wurden auch in Sachsenburg
Sondershausen zahlreiche Stimmen laut, die sich für einen
Anschluß unseres Landes an Preußen aussprachen. Beson-
ders in der Unterthüring trat die Meinung hervor, diesen
Landesteil an Preußen anzuschließen. Da hiernach anzunehmen
war, daß diese Frage auch im Landtage bei der Be-
ratung des Nachttrages zum Gemeinschaftsvertrage aufge-
worfener werden würde, hielt es die Staatsregierung für ihre
Pflicht, sich über die Möglichkeit eines Anschlusses an Preußen
klarheit zu verschaffen. Es hat daher in der ersten Hälfte
des September d. J. den Versuch gemacht, mit Thüringen
über die Anschlußfrage zu verhandeln. Dieser Versuch ist
wie die Sondershäuser Regierung jetzt in einem Land-
tage ausgegangenen Denkschrift mitteilt, mißlungen. Es
scheint, nach dem Verhalten des preussischen Ministers des
Innern zu schließen, an den sich die Regierung gewandt hatte,
bei Preußen nicht das geringste Interesse zu bestehen. Ge-
bietsteile von Schwarzburg-Sondershausen an Preußen an-
zuschließen. Mit dieser Stellungnahme Preußens stimmt die

abstehende Fassung überein, die — wie auch hinsichtlich durch
die Zeitung an bekannt geworden — Preußen in der An-
schlußfrage Coburg gegenüber eingekommen hat.

Berlin, 28. Oktober. (Zur Vergegenwärtigung der ehemals
herzoglichen naturwissenschaftlichen Samm-
lungen) in Großhans und Württemberg wurde in der
Verammlung der Reichsversammlung, den Partei vom Abg. Nord
mitgeteilt, daß die Verlegung nach dem hiesigen Schloss so gut
wie vollständig ist. Unter den Sammlungen in Kabinen befinden
sich etwa 100 000 Stücke aus Württemberg im hiesigen Schloss unter-
gebracht. Strittig sei nur noch der Preis, der von der
Kulturverwaltung zur rechten Hälfte des Schlosses, in dem in
etwa 12 Zimmern die Sammlungen untergebracht werden sollen,
auf 10 000 Mark festgesetzt worden ist, trotzdem bisher für die
Verlegung des Schlosses jährlich etwa 10 000 Mark aus-
gegeben worden seien. Es soll verhandelt werden, den Preis
in Verhandlungen mit der Kulturverwaltung wesentlich zu er-
mäßigen. Von der Kulturverwaltung wurde der Satz die Ver-
bindung gestellt, den Charakter des Schlosses auch in Zukunft zu
wahren, insbesondere sollen keine Einnahmestellen errichtet werden.
— In der Verammlung wurde noch mitgeteilt, daß in der
Graunauerstraße nach neuerlich in Unterzimmern 21
Wohnungen für etwa 60 000 Mark einzurichten werden
sollen, zu welchem Projekt auch der Staat eine größere
Summe zur Verfügung stellen wird. In der Graunauerstraße
sollen 60 neue Wohnungen errichtet werden, um so der
benachteiligten Wohnungswirtschaft entgegenzutreten.

Erzgebirge, 28. Oktober. (Zwei der prächtigsten
Naturdenkmäler) des Thüringer Waldes sind der Ort
von Oberhof. Es sind dies die beiden unalten Buchen an
der Großen Dickschale oder bürren Wäldchen unter dem
Reichthum, das als „Thürner Wald“ vielen Waldbesitzern bekannt
war. Auch die Eichen, die in der Nähe der Eichen
angewachsen waren, sind beim Wäldchen vernichtet worden.

Leipzig, 28. Okt. (Ein Geheim-Silber-
schmelzer). Der einiger Zeit hiesig war Wächster der
Sammelnarbeit bei einer Hausung in anderer Sache
in einem Hause der Nürnberger Straße auf eine in einem
Kellerraum hergerichtet, im Keller befindet sich Silber-
schmelze. In der Schmelzvorrichtung war nachweisbar durch
der Endung deutliches leuchtendes Silber ergelb eingeschmolzen
worden. Der hingerufenen Kriminalpolizei gelang es, sämtliche in
dem Kellerraum des Geheim-Silber-Schmelzers
die Silber-Schmelze hinter Schloss und Schlüssel zu bringen. Die
Gesamtwert der Leipziger Firma, die den Verkauf des
deutschen Silber-Schmelzers leitete und die Geheim-Silber-
schmelze leitete, wurden vernichtet und die gesamte
Kriminalpolizei leitete. Der unerschlaglichen
Kriminalkommissioner fand bei der weiteren Durchsuchung
in einem anderen Kellerraum vierzig 8 Silberbarren im un-
gefähren Gewicht von 120 Pfund, die nachweisbar
Silber-Schmelze für die Aufhebung der Schmelze hergestellt
worden waren. Weiterhin gelang die Verhaftung von
76 Pfund deutschen leuchtenden Silbermünzen. Die Firmen-
gehälter und drei Mitarbeiter wurden der Staatsanwaltschaft
zugeführt. Der Gesamtwert des beschlagnahmten deutschen
Silbers beträgt untergefahr 65 000 Mark.

Kunst und Wissenschaft.

Professor Hendrich hat der Gemeinde Schönebeck die von
ihm errichtete und ausgestattete Bibliothek der Unterstadt
hülle zum Geschenk gemacht. Wenn die Gemeinde auf dem Nach-
barn, die den geplanten Beidenhof anlegt, diesen Mittel-
punkt die große Siegesdenkmal von Professor Wagner, dem
Hilfswort der Leipziger Vorkämpfer, werden sollen, so
sind auf großen Grundstein die Namen der gefallenen Schöpfer
verbauert Krieger in Mauerwerk auszubringen.

Hochschulnachrichten.

Zum Rektorat des Geh. Justizrats Prof. Hermann im
Ordinariat für Staat- und Erbschaftsrecht der Universität
Kiel ist der o. Professor Dr. Dr. Dr. Gustav Adolph
ausgelesen. Dr. Adolph, der erst kürzlich einen Ruf auf einen
an der Universität Köln neuerlich erloschen, ist
hat, ist ein geachteter Vorkämpfer und Schüler von Hiltner. — Prof.
Dr. Adolph, ein in der Wissenschaft, ist ein
zum o. Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn
ist zum o. Professor ernannt worden; ihm wurde das
Hochschulamt für angewandte Geologie über-
tragen.

Vermischtes.

Aus Frankreich einfließen. Aus Konstanz meldet die
„Frankf. Ztg.“: Nach 17monatiger Gefangenschaft in Frank-
reich ist dem Hauptmann Kell, im Kriege zuletzt Komman-
deur eines Bombengeschwaders, die Flucht nach Deutschland
geglückt. Er war Ritter des Ordens Pour le mérite.

Infolge der Kohlennot und der Elektrizitätssperre sind
in Reichsstaaten und Lubwigshafen 40 industrielle Betriebe
hinterlegt. 10 000 Arbeiter sind gezwungen, zu feiern. Die
Preussische Regierung hat an das französische Kommando ein
Telegramm geschickt, in dem sie auf die immer erlicher wer-
dende Lage hinweist, wenn der Kohlennot nicht gesteuert wird.

Amerikanische Holzhäuser für Deutschland? Von den
europäischen Vertretern eines der größten amerikanischen
Konzerte ist dem hiesigen Wohnungswesen Berlin die An-
fertigung fertiger amerikanischer Holzhäuser angeboten worden.
Die Amerikaner verpflichten sich, jeden Monat 1000 Häuser
zu liefern, und zwar zum Preise von je 1500 Dollarn, den
Dollarn zum Kurs von 1914 gerechnet. Um durch die Aus-
fuhr des Geldes die Wäldchen nicht noch weiter zu schaden, will
der amerikanische Konzern sich weiterhin verpflichten, den
für die Holzhäuser empfangenen Betrag zum Ankauf von
Waren, namentlich von heimischen Erzeugnissen, innerhalb
des Reiches zu verwenden. Direktor Dr. Raporte vom Woh-
nungswesen wird das Angebot den zuständigen Stellen unter-
breiten.

Der Takt des Regels. Matthias Claudius, der „Wand-
bender Vorkämpfer“, besuchte während seines Aufenthaltes in Thür-
ringen einmal eine Dorfkirche, in der eine Messe mit Jagen
aufgeführt wurde. Er wunderte sich über die Taktlosigkeit
der Musiker, die Orgel spielen zu dürfen. Nun bot er alles auf,
um die Musikanten aus dem Takt zu bringen. Aber die
Bauern bildeten nun noch aufmerksamer auf ihre Noten und
schielten nur disziplinär mit einem verächtlichen Lächeln nach
dem Taktgeber. Als alles vorüber war, fragte Claudius
einen alten Mann, der die erste Violine gespielt hatte, wie
es fertig gebracht hätte, so taktlos zu werden. „Durch
das Preussentum“, antwortete der Alte. „Wenn zwei Preussen,
geht es im Zweiertakt, unter Dreien im Dreiertakt,
oder Dreiertakt, unter Vierem im Vierertakt, unter
Sechsen im Sechsertakt oder Sechsertakt, und wenn auch
einmal“, flüchtete er mit einem Lächeln hinzu, „ein Preuss
richtig einfließt, so lassen wir uns doch nicht irren lassen.“

Fußballspiel.

Wettere Ergebnisse des Sonntags.

Sportbericht-Einträge: 1. Borussia-Münchendorf 0:1. Teutonia-Bitterfeld 1:1. Victoria hatte in der 2. Saison...

Pferdesport.

Nennen zu Berlin-Karlshof am 27. Oktober.

- 1. Jungfernen-Stutenrennen, 10.000 Mk., 2700 Meter. 1. Heinfall, 2. Hanne, 3. Gleditschowa. Tot: 48:10, Platz 18, 17:10. 8 liefen.

Rudersport.

Rudervereinigung von 1874 e. V., Saale a. B., Gasse a. B. In der letzten Jahreshälfte haben sich die Rudervereine...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Geb. Kommerzienrat Kildner über die Wirtschaftslage.

In der Generalversammlung des Sapper Eisen- und Stahlwerks, welche die Dividende auf 10 Prozent festsetzte, meinte der Vorsitzende, der bekannte rheinische Großindustrielle Peter Kildner, sehr beachtenswerte Ausführungen über die Lage in der deutschen Montanindustrie.

gehen der Kohlerückstellungen gesprochen werden. Wenn dieser Umstand anhalte, was aber nur möglich ist, wenn es den Kohlen allein werde, im Laufe des Winters in großem Maße Kohlerückstellungen zu haben...

Vom Zuckermarkt.

Nh. An den deutschen Rohzuckerbörsen soll sich der Verkehr während der Herbstperiode in einem ruhigen, aber unterhalb normal sein. In der früheren Jahressaison Oktober bis März...

Die schweizerischen Kredite für eine deutsche Kohlensohle.

In der letzten Zeit haben sich verschiedene Zeitungen mit einem Abkommen beschäftigt, das das Schweizer Kredit für den Rohzucker...

Die Zahlungsbedingungen der Spar-Premienanleihe.

Bei der Spar-Premienanleihe, deren Zeichnungsfrist vom 10. bis 20. November läuft, sind Zahlungen nicht vorgesehen, es ist nur für die Zahlung der Verzinsung vorgesehen.

Deutsche Gasgesellschaft-Mt. G. (Niederländische) in Berlin.

Die außerordentliche Generalversammlung hatte sich mit den bekannten Entschlüssen der Verwaltung auf Auflösung der Gesellschaft und Veräußerung ihres Vermögens im Ganzen zu befassen.

Die spirituelle Zentrale teilt mit: Laut Beschluß des Gesamtanschlusses...

Laut Beschluß des Gesamtanschlusses und Zustimmung der Reichsbrandweinzentrale wird der Absatzpreis für die Lieferung aus solchen Brennerien, die nur Melasse...

Reise von Unterfranken wurden mit 42.050 gegen 582 Stimmen abgelehnt und der Antrag der Veräußerung auf Veräußerung des Vermögens der Gesellschaft mit 20.139 gegen 532 Stimmen angenommen.

Elektricitätswesen.

Berlin, 28. Oktober. Heute wurde zum ersten Male durch die Vereinigung für die deutsche Elektrizitätsindustrie eine Notierung vorgenommen, und zwar für vier verschiedene Aktien...

Zur Lage des Spotmarktes. In der Generalversammlung der Vereinigten Berliner Metallwerke wurde im Laufe der Aussprache ein Schlußbeschluß des Spotmarktes...

Beizentrale Thüringer Metallwerke. Mt. G. In Bezug auf die Beizentrale Thüringer Metallwerke...

Krupp und Ermann in der rheinischen Industrie. Die Firma Krupp Akt. G. hat sich nach Angabe der Statistik von Kruppmaterial auf ihren eigenen Betrieb...

Frankenische Rohle für Luxemburg. Luxemburg soll in Zukunft von Frankreich das Doppelte der bisher abgesetzten Kohlenmenge erhalten...

Beschreibung in der Zeitschrift Eisenindustrie. Die Verwaltung der Zeitschrift Eisenindustrie Barth & Co. Akt. G. in Leipzig...

Verkaufsbilanz Königswald Mt. G. Das Geschäftsjahr 1918/19 weist Einnahmen aus Forderungen in Höhe von 845.223 (1917/18 629.811) Mt. auf...

Wichtigste Zentralsätze und Notation. Die Notation war sehr gut und die Preise waren durchweg weiter erhöht...

Die spirituelle Zentrale teilt mit: Laut Beschluß des Gesamtanschlusses und Zustimmung der Reichsbrandweinzentrale wird der Absatzpreis für die Lieferung aus solchen Brennerien...

Die spirituelle Zentrale teilt mit: Laut Beschluß des Gesamtanschlusses und Zustimmung der Reichsbrandweinzentrale wird der Absatzpreis für die Lieferung aus solchen Brennerien...

Die spirituelle Zentrale teilt mit: Laut Beschluß des Gesamtanschlusses und Zustimmung der Reichsbrandweinzentrale wird der Absatzpreis für die Lieferung aus solchen Brennerien...